

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Gesetz zur Ratifizierung des Kyotoprotokolls unverzüglich vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verhandlungsergebnisse der Siebten Weltklimakonferenz von Marrakesch sind als Durchbruch für die internationale Klimapolitik zu werten. Jetzt geht es darum, dass möglichst viele Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention den Ratifizierungsprozess zügig und entschlossen einleiten. Auch für Deutschland gilt es, die flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls unverzüglich zu nutzen. Dabei geht es nicht zuletzt auch darum, die wirtschaftlichen Chancen wahrzunehmen, die die modernen Instrumente der Klimapolitik bieten.

Im Eindruck der Konferenz von Marrakesch hat der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, an die Vertragsstaaten appelliert, das „Kyotoprotokoll nunmehr zügig zu ratifizieren, damit es bis zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September kommenden Jahres in Johannesburg in Kraft treten“ könne. Ein Gesetzentwurf zur Ratifizierung solle in Deutschland bis Ende des Jahres im Kabinett verabschiedet und in Deutschen Bundestag und Bundesrat eingebracht werden. Zu diesen Absichtserklärungen bildet das so genannte Klimaschutzprogramm der Bundesregierung einen bemerkenswerten Kontrast, da die flexiblen Mechanismen des Kyotoprotokolls – anders als in Partnerländern der Europäischen Union – in Deutschland bisher weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene Anwendung finden. Dieses Versäumnis wiegt schwer, zumal ein europaweiter Börsenhandel mit Emissionszertifikaten nach den gegenwärtigen Vorstellungen der EU-Kommision schon ab 2005 unter Beteiligung mehrerer tausend Unternehmen beginnen soll.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich alle Schritte für eine deutsche Ratifizierung des Kyotoprotokolls zu unternehmen und dem Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Berlin, den 14. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

